



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, xxx  
KOM(2005) yyy endgültig

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND  
DEN RAT**

**Überprüfung der Strategie für nachhaltige Entwicklung**

**Ein Aktionsprogramm**

**(Text mit EWR-Bezug)**

## **INHALTSVERZEICHNIS**

Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung .....	3
1. Ein Aktionsrahmen .....	3
2. Den Wandel herbeiführen: Konzentration auf Schlüsselthemen .....	5
2.1. Klimawandel und saubere Energien .....	6
2.2. Gesundheit.....	8
2.3. Soziale Ausgrenzung, Demografie und Migration .....	8
2.4. Management der natürlichen Ressourcen.....	10
2.5. Nachhaltiger Verkehr.....	11
2.6. Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und Entwicklung .....	12
3. Ergebnisse.....	13
3.1. Wirksamere Folgemaßnahmen.....	13
3.2. Bessere Politikgestaltung .....	14
4. Fazit.....	17

# Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung

Die Europäer legen großen Wert auf *Lebensqualität*. Sie wollen Wohlstand, eine saubere Umwelt, Gesundheit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Und sie wollen dies nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Kinder und Enkelkinder. In einer sich rasch verändernden Welt – einer Welt, in der die Schnelligkeit des Wandels die Fähigkeit der Wirtschaft, des Sozialgefüges und der Natur, sich Veränderungen anzupassen, auf eine schwere Probe stellen kann – muss sich Europa modernisieren und an der Spitze des Wandels halten. Die Herausforderung besteht darin, eine Dynamik aufrechtzuerhalten, in der sich wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und Umweltschutz wechselseitig verstärken.

Der Europäische Rat erkannte auf seiner Tagung in Göteborg 2001 diese Herausforderung und die Unabdingbarkeit von Veränderungen mit der Annahme der Strategie für nachhaltige Entwicklung an, die anlässlich des Europäischen Rates in Barcelona 2002 durch eine internationale Dimension ergänzt wurde. Der Europäische Rat bekräftigte die Grundsätze und Ziele der nachhaltigen Entwicklung – wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und internationale Verantwortung – auf seiner Tagung im Juni 2005, auf der die Leitprinzipien für die nachhaltige Entwicklung angenommen wurden; ebenso standen sie im Mittelpunkt der Gespräche der europäischen Staats- und Regierungschefs in Hampton Court im Oktober 2005.

Europa hat bei der Umsetzung dieser Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung einen guten Anfang gemacht. Wichtige Initiativen wurden im Rahmen des erneuerten Lissabon-Prozesses im sozialen Bereich und im Umweltschutz ergriffen. Allerdings macht der rasche Wandel verstärkte Anstrengungen erforderlich, um Europa auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung zu halten. Mit einem verstärkten Engagement für Wachstum und Arbeitsplätze, kombiniert mit der Entschlossenheit, das soziale und das natürliche Erbe Europas zu erhalten, Wissen zu nutzen, Innovation zu fördern, die Entwicklung der Politiken auf integrierte Weise voranzutreiben und die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen, können wir es schaffen. Die Anstrengungen müssen allerdings intensiviert werden.

Die Regierungen werden stets ein wichtiger Teil der Lösung sein: Sie legen den Rahmen fest, in dem Bürger und Unternehmen Entscheidungen treffen. Doch bei der nachhaltigen Entwicklung darf es nicht nur darum gehen, was die Regierungen tun können. Alle Interessengruppen, insbesondere Unternehmen und Bürger, müssen in die Lage versetzt und ermutigt werden, neue und innovative Wege zu finden, um die Herausforderungen zu meistern und die Chancen zu nutzen. Europa kann all diese Herausforderungen nicht alleine bewältigen und hat seine Entschlossenheit bewiesen, mit internationalen Partnern in globalen Fragen mit Blick auf die globalen Erfordernisse zusammenzuarbeiten.

## 1. EIN AKTIONSRAHMEN

Nachhaltige Entwicklung ist das übergeordnete langfristige Ziel der Europäischen Union, wie schon im Vertrag dargelegt. Der Europäische Rat legte 2001 eine Strategie fest, um diesem Ziel näher zu kommen. Seither werden diese Absichten in konkrete politische Initiativen umgesetzt, die vor Ort positive Ergebnisse zeitigen.

Der Handlungsrahmen ist abgesteckt. Auf wirtschaftlicher Seite ist die überarbeitete Strategie von Lissabon der Motor für Wachstum und Beschäftigung. Sie hilft der EU, sich an die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs und einer alternden Bevölkerung anzupassen. Eine stärkere europäische Wirtschaft ist entscheidend für die nachhaltige Entwicklung und bildet einen festen Bestandteil dieser Entwicklung; sie trägt dazu bei, dass Mittel für entsprechende Investitionen etwa in eine sauberere Umwelt, bessere Bildung und Gesundheitsversorgung sowie in den Sozialschutz bereitstehen. Zugleich sind die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und eine Stärkung der sozialen Gerechtigkeit entscheidend für unseren wirtschaftlichen Erfolg.

Die EU erkennt diese Zusammenhänge an und nutzt die einander wechselseitig stärkenden Elemente der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Die Kommission führt mittlerweile für alle wichtigen politischen Vorschläge eine Folgenabschätzung durch, bei der auch der Beitrag zur Nachhaltigkeit bewertet wird. Die Reform der Agrar- und Fischereipolitik, die Intensivierung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums und die Modernisierung der Kohäsionspolitik sind Ausdruck dieser Verpflichtung zu integrierter Politikgestaltung. Die EU hat einen politischen Rahmen geschaffen für die Bekämpfung des Klimawandels, unter anderem ein ehrgeiziges System für den Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionen, um Industrieunternehmen die Verringerung ihrer Emissionen zu möglichst geringen Kosten zu erleichtern.

Mehrere bereichsübergreifende und thematische Strategien und Aktionspläne wurden verabschiedet<sup>1</sup>, oft mit spezifischen Zielen und Zwischenzielen. Dazu gehören gemeinsame Bemühungen in einem breiten Spektrum von Bereichen, beispielsweise zur Verbesserung der Sicherheit, zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit, zur Förderung der sozialen Eingliederung, zur Verstärkung der Kohäsion, zur Bewahrung der Artenvielfalt, zur Steigerung der Boden-, Wasser- und Luftqualität. Auch die Mitgliedstaaten sowie lokale und regionale Behörden haben in allen Bereichen gehandelt, beispielsweise im Kampf gegen soziale Ausgrenzung, bei der Vorbereitung auf den Umgang mit einer alternden Gesellschaft, bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen und bei der Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs<sup>2</sup>.

Im vorliegenden Dokument werden diese Leistungen berücksichtigt und weitere konkrete Maßnahmen für die nächsten Jahre festgelegt. Es ist die Quintessenz eines Überprüfungsprozesses, der Anfang 2005 eingeleitet wurde und drei eng miteinander verknüpfte Elemente enthält, die ein Gesamtpaket bilden:

- die im Februar 2005 angenommene Mitteilung der Kommission mit einer Bestandsaufnahme der Fortschritte und mit ersten Vorschlägen für den einzuschlagenden Kurs;
- die im Juni 2005 vom Europäischen Rat angenommenen Leitprinzipien;
- die vorliegende Mitteilung, die sich auf Umsetzung und Maßnahmen konzentriert.

---

<sup>1</sup> Ein allgemeiner Überblick über die verschiedenen EU-Strategien und Aktionspläne zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung ist in Anhang II zu finden.

<sup>2</sup> Schlüsselbeispiele für Fortschritte sind in der Mitteilung der Kommission vom Februar 2005 (KOM(2005) 37) dargestellt. Siehe auch die Eurostat-Veröffentlichung vom Dezember 2005 über Indikatoren für nachhaltige Entwicklung.

Die Kommission hat beim Schnüren dieses Pakets Rat und Parlament, Mitgliedstaaten, NRO, Bürger und Interessengruppen ausführlich konsultiert und angehört<sup>3</sup>. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Dialogs sind, dass die überarbeitete Strategie eine klarere Ausrichtung, eine klarere Aufteilung der Zuständigkeiten, umfassendere Verantwortung und breitere Unterstützung, eine stärkere Einbeziehung der internationalen Dimension und eine wirksamere Umsetzung und Überwachung braucht.

Ziel der Überprüfung **ist es nicht**, die Strategie für nachhaltige Entwicklung **zu ersetzen, sondern sie weiterzuentwickeln**. Es geht darum, die Verbindungen zwischen den europäischen politischen Initiativen zu nutzen und Tradeoffs zu bewerten, um die Ziele der Nachhaltigkeit zu erreichen. Diese Mitteilung umfasst:

- eine Liste der Schlüsselthemen, die in den kommenden Jahren einen stärkeren Handlungsimpuls erfordern;
- die Anregung, die internationale Dimension der nachhaltigen Entwicklung (z. B. globale Ressourcennutzung, internationale Entwicklungsfragen) in den innenpolitischen Prozess einzubeziehen und die Auswirkungen politischer Entscheidungen Europas auf die globale nachhaltige Entwicklung systematischer zu bewerten;
- Vorschläge von Möglichkeiten, wie Fortschritte gemessen und Prioritäten regelmäßig überprüft werden können, um so mehr Kohärenz zwischen den Strategien der Mitgliedstaaten und denen der EU zu erreichen;
- Empfehlungen für einen ständigen Dialog mit Menschen und Organisationen – Unternehmen, regionalen und lokalen Behörden, NRO, Hochschulwelt, Bürgerorganisationen –, die sich dafür einsetzen und daran arbeiten, den Wandel herbeizuführen.

## 2. DEN WANDEL HERBEIFÜHREN: KONZENTRATION AUF SCHLÜSSELTHEMEN

Diese Mitteilung beleuchtet eine Reihe von Schlüsselaspekten, für die ein starker Impuls auf höchster politischer Ebene erforderlich ist, um die Öffentlichkeit einzubeziehen, den Entscheidungsprozess und das Handeln auf allen Ebenen zu beschleunigen, „ganzheitliches“ Denken zu fördern und die Akzeptanz für neue und bessere Ideen zu erhöhen. Dabei wird die Notwendigkeit anerkannt, die Fortschritte regelmäßig zu überprüfen, und es werden Vorschläge formuliert, wie dies geschehen kann.

Wenn es dann um spezifische Fragen geht, muss eine Reihe von bereichsübergreifenden Faktoren berücksichtigt werden. Trends sind miteinander verknüpft, weshalb es notwendig ist, sektorale Politiken in einem größeren Zusammenhang, einem integrierten Rahmen zu prüfen. Die Bekämpfung des *Klimawandels* ist beispielsweise eine vielschichtige Angelegenheit, wobei der Energie- und der Verkehrspolitik eine Schlüsselrolle bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen zukommt. Der Klimawandel hat soziale Auswirkungen, beispielsweise weil von Klimaextremen, verbunden etwa mit Überschwemmungen oder Trockenheit, häufig die schwächsten Regionen und Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Europa nutzt bereits die positiven Zusammenhänge zwischen verschiedenen Politikbereichen. Bei Maßnahmen zur

---

<sup>3</sup> Mitteilung der Kommission vom Februar 2005 (KOM(2005) 37). Die Kommission erhielt im Verlauf der Konsultation mehr als 1100 Beiträge.

nachhaltigen Energienutzung werden auch die verbesserte Sicherheit der Energieversorgung, die Abmilderung des Klimawandels, die Verringerung der lokalen Luftverschmutzung, die Milderung der Armut und die Verbesserung der Sicherheit bei gleichzeitiger Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums und der lokalen Entwicklung mitberücksichtigt.

Wirksame Maßnahmen erfordern internationale Zusammenarbeit und Solidarität. Die EU engagiert sich im Kampf gegen die Armut in Entwicklungsländern und arbeitet eng mit den Vereinten Nationen bei der Realisierung der Millenniumsentwicklungsziele zusammen. Sie ist an einer Reihe multilateraler Aktionen beteiligt, beispielsweise arbeitet sie mit anderen zusammen, um den Verpflichtungen in den Bereichen Artenvielfalt, Fischbestände, Energie und Wasser, die auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung vereinbart wurden, oder bei der Bekämpfung des Klimawandels nachzukommen. Die EU wird ihren Einfluss nutzen, um mehr Länder für eine ambitionierte Agenda zur nachhaltigen Entwicklung zu gewinnen. Sie wird außerdem ihre eigenen Instrumente wie Handels- und Kooperationsvereinbarungen nutzen, um den Wandel voranzutreiben, und sie wird die internationale Dimension in die Konzeption ihrer Innenpolitik einbeziehen.

Die EU und die Mitgliedstaaten müssen weiterhin in Forschung und Technologie investieren, damit neue kostengünstige und ressourcenschonende Produktions- und Verbrauchsmethoden entwickelt werden können. Durch Nutzung neuer Technologien – von Informations- und Kommunikationstechnologien, alternativen Energiequellen, Produkten und Prozessen mit geringer Umweltauswirkung, neuen Treibstoffen und Technologien im Verkehrsbereich – kann Europa den Durchbruch hin zu einem ressourcenschonenden Wirtschaften schaffen, das das Potential zur Förderung des Wachstums in einem nachhaltigen Rahmen in sich trägt.

Der Bildung kommt eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, die Veränderungen, die zur nachhaltigen Entwicklung gehören, zu erleichtern. Sie stellt sicher, dass die Menschen die Fähigkeit zur Anpassung an den globalen Wandel erlangen, dass Wissen allgemein verbreitet wird und dass alle Betroffenen in den Wandel einbezogen werden.

## **2.1. Klimawandel und saubere Energien**

Der Klimawandel ist eine Tatsache. Er kann nicht verhindert, aber er kann in akzeptablen Grenzen gehalten und die negativen Folgen können deutlich abgemildert werden. Es handelt sich um ein globales Problem, das nach globalen Lösungen ruft. Verstärkte Anstrengungen sind nötig, um die Emission von Treibhausgasen nicht nur in der EU, sondern auch in anderen wichtigen Verursacherländern und Schwellenländern zu verringern. Wesentlich ist auch, dass sich die EU auf den Klimawandel einstellt und insbesondere den Entwicklungsländern dabei hilft, sich ebenfalls darauf einzustellen.

Die notwendigen Änderungen betreffen einige Gruppen, Sektoren und Länder stärker als andere. Wichtig ist es, Mechanismen zu entwickeln, um den am stärksten Betroffenen zu helfen und alle internationalen Partner zu motivieren, eine aktive Politik zum Klimawandel zu betreiben.

Die Reduzierung der Auswirkungen des Klimawandels bietet zahlreiche soziale und wirtschaftliche Chancen und hilft mit, andere Tendenzen abzufedern, die der Nachhaltigkeit zuwiderlaufen. Veränderungen im Energiekonsum könnten beispielsweise der EU Einsparungen von mindestens 20 % der derzeitigen Energiekosten bringen – eine Reduzierung, die dem kombinierten Energieverbrauch von Deutschland und Finnland entspricht. Die EU verfügt über eine Vielfalt erneuerbarer Energiequellen – Windkraft, Solarenergie, Biomasse, Gezeiten, Wasserkraft, geothermische Energie – und über die

Technologien, diese Quellen zu nutzen, um damit einen viel größeren Teil ihres Wärme-, Strom- und Treibstoffbedarfs zu decken.

Die Erfahrung zeigt, dass Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels und zur Nutzung des eigenen Potenzials der EU für Effizienz und erneuerbare Energien zahlreiche, über die offensichtlichen wirtschaftlichen Vorteile hinausgehende, positive Sekundäreffekte haben – höhere Versorgungssicherheit, geringere Emission anderer Schadstoffe, lokale Entwicklung und hochwertige Arbeitsplätze. Auch hilft dies der EU, ihre führende Position bei innovativen Technologien in einer Zeit zu halten, da sich der Wettbewerb auf diesen Gebieten verschärft. Außerdem befindet sich die EU in einer guten Position, um Entwicklungsländern zu helfen, Wirtschaftswachstum mit umweltfreundlichen Technologien zu erreichen, beispielsweise durch den „Clean Development Mechanism“ nach dem Kyoto-Protokoll, der den Transfer dieser Technologien in Entwicklungsländer ermöglicht. Das Potenzial ist da. Es muss nur genutzt werden.

#### **Leitaktionen:**

- Die EU wird sich um eine Verpflichtung bemühen, die Treibhausgasemissionen über das Ende der derzeitigen Zielvorgabe bis 2012 hinaus weiter zu verringern, sie wird entsprechende Vorschläge ausarbeiten und umfassendere internationale Vereinbarungen anstreben, die alle Arten von Treibhausgasen und alle Sektoren umfassen, und sie wird Innovationen fördern und Maßnahmen zur Anpassung vorsehen. Das EU-System des Emissionshandels könnte als Beispiel für einen internationalen Kohlendioxidmarkt dienen.
- Die EU wird ihre Klimapolitik im Rahmen der zweiten Phase des Europäischen Programms zum Klimawandel weiterentwickeln, und sie wird zusammen mit Interessengruppen daran arbeiten, neue Maßnahmen zur systematischen Nutzung kostengünstiger Optionen zu entwickeln, etwa in den Bereichen Kraftfahrzeuge, Luftfahrt, technologische Entwicklung und Anpassung. Die EU und die Mitgliedstaaten werden das EU-System des Emissionshandels im Hinblick auf seine Weiterentwicklung überprüfen und die Möglichkeit seiner Ausweitung auf andere Treibhausgase und Sektoren, etwa die Luftfahrt, ins Auge fassen.
- Die Staats- und Regierungschefs kamen auf ihrer informellen Sitzung in Hampton Court im November 2005 überein, die Kommission zu ersuchen, eine mit neuem Schwung versehene nachhaltige, sichere und wettbewerbsfähige europäische Energiepolitik zu entwickeln. Die Kommission arbeitet derzeit an größeren Initiativen zu den Themen Biomasse und Biotreibstoff<sup>4</sup>, die für 2006 vorgesehen sind. Außerdem wird sie 2006 eine Debatte zur EU-Politik im Bereich erneuerbare Energiequellen bis 2020 initiieren, unter anderem auch zum Anteil der erneuerbaren Energiequellen an der Gesamtversorgung. Dies würde allen Beteiligten ein klares Ziel setzen und Unternehmen wie Investoren die nötige Planungssicherheit bieten. Die EU wird auch weiterhin die Nutzung erneuerbarer Energiequellen weltweit fördern.
- Die Kommission wird einen Aktionsplan zur Energieeffizienz vorschlagen, um das geschätzte Sparpotential von 20% auszuschöpfen. Es ist ein starker Impuls im Bereich der Energieeinsparungen in Gebäuden nötig, um über die derzeitigen Gesetze über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden hinauszugehen und dabei vor allem

---

<sup>4</sup> KOM(2005) 628.

Privathaushalten zu helfen. Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten - und insbesondere mit den Ländern mit dem größten Potential für Verbesserungen – wird die Kommission die Strukturfonds dazu einsetzen, Ziele im Bereich der Energieeffizienz zu erreichen.

## 2.2. Gesundheit

Gesundheit ist ein globales Thema. Krankheiten breiten sich rasch über ganze Kontinente aus. Europa muss seine Fähigkeit ausbauen, grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen zu bekämpfen. Die Anstrengungen der EU müssen durch wirksame Maßnahmen in den Nachbarländern und global ergänzt werden. Die Bekämpfung von Gesundheitsbedrohungen erfordert eine rasche und wirksame Reaktion sowie funktionierende Gesundheitssysteme, ein solides Management und technische und infrastrukturelle Kapazitäten. Mangelnde Reaktionsfähigkeit eines Mitgliedstaats könnte die gesamte EU in Gefahr bringen. Der Ausgleich von Diskrepanzen im Gesundheitsbereich innerhalb der EU ist daher entscheidend.

Die EU hat auch die Verpflichtung, internationale Bemühungen zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge zu unterstützen.

Derzeit sind weltweit 40 Millionen Menschen an HIV/AIDS erkrankt. 24 Millionen Menschen sind daran gestorben, davon 5 Millionen Kinder. An Malaria sterben jährlich mehr als eine Million Menschen – meist Kinder im Afrika südlich der Sahara. Die Zunahme von antibiotikaresistenten Bakterienstämmen bleibt ein ernstes Problem.

Gesundheitsschutz und Seuchenprävention (durch Befassung mit Gesundheitsdeterminanten auf der entsprechenden Ebene) reduzieren langfristig die wirtschaftliche und soziale Belastung durch Krankheiten. Und bessere Kenntnisse über die Wirkung von Schadstoffen auf die Gesundheit erleichtert präventive und planerische Maßnahmen.

### Leitaktionen:

EU und Mitgliedstaaten sollten:

- ihre Aktionspläne für den Umgang mit Gesundheitsbedrohungen (zur Vorbereitung auf mögliche Seuchen, unter Berücksichtigung der unlängst aktualisierten Leitlinien für die Bereitschaft bei einer Influenza-Pandemie) aktualisieren;
- eine EU-Strategie gegen HIV/AIDS festlegen und umsetzen, unter anderem durch verbesserte Überwachung, und die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten ausbauen. In Bezug auf Drittländer müssten die Bemühungen verstärkt werden, das derzeitige EU-Aktionsprogramm gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria umzusetzen;
- die Forschung zu Zusammenhängen zwischen Umweltschadstoffen, Exposition und Gesundheitsfolgen koordinieren, um unser Verständnis der Umweltfaktoren, die Gesundheitsprobleme verursachen, und geeigneter Abhilfemaßnahmen zu verbessern.

## 2.3. Soziale Ausgrenzung, Demografie und Migration

Bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU geht es nicht alleine darum, niedrige Einkommen anzuheben. Es geht um einen besseren Zugang zu Beschäftigung, zu Wohnung, Mobilität, Gesundheitsfürsorge, Kommunikation und Information und vor allem zu allgemeiner und beruflicher Bildung. Ein signifikanter Teil der EU-Bevölkerung (15 %) ist von Armut bedroht. Kinderarmut ist besonders beunruhigend.

Wie bereits auf der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs in Hampton Court diskutiert, bedarf der Kampf gegen soziale Ausgrenzung besonderer Aufmerksamkeit.

Die EU steht aufgrund der **Überalterung ihrer Gesellschaft** nicht nur vor wirtschaftlichen, sondern auch vor gravierenden sozialen Herausforderungen. Die Überalterung der Bevölkerung wird sich bis 2040 noch beschleunigen, einhergehend mit einem Rückgang der Fertilitätsrate, wodurch sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weiter verringern wird. Geringere Fertilitätsraten und steigende Lebenserwartung könnten sogar dazu führen, dass 2050 für jeden Rentner zwei Personen im erwerbsfähigen Alter aufkommen müssen, gegenüber vier heutzutage. Diese Tendenzen könnten auch zu einer Verringerung der Wachstumsraten führen.

Die Regierungen müssen die europäische Wirtschaft und Gesellschaft auf die Folgen der Überalterung in vielen unserer Länder vorbereiten. Produktivität und Erwerbsbeteiligung vor allem von älteren Arbeitnehmern und Frauen müssen gefördert werden, damit wir unsere Fähigkeit zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum bewahren können. Die Modernisierung der Sozialschutzsysteme in Europa, insbesondere in den Bereichen Rente und Langzeitpflege, ist ein Schlüssel zur Förderung eines aktiven Alterns bei guter Gesundheit. Es ist eine familienfreundlichere Politik erforderlich, die die Faktoren beseitigt, die die Menschen davon abhalten, die gewünschte Zahl von Kindern zu haben, Ein wirksames Management der Migrationsströme, einschließlich der aktiven Integration von Migranten und ihren Familien, ist ebenfalls wesentlich. Dies macht auch die Notwendigkeit deutlich, mehr und besser in Humankapital zu investieren, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer über den gesamte Lebenszyklus erhalten werden muss. Dazu gehört die Umsetzung von Strategien für lebenslanges Lernen durch die Mitgliedstaaten.

#### **Leitaktionen:**

- Als Antwort auf die Diskussionen der Staats- und Regierungschefs in Hampton Court im Oktober 2005 wird die Kommission Anfang 2006 eine Mitteilung vorlegen, in der sie die Möglichkeiten prüft, wie die EU den Mitgliedstaaten helfen kann, auf die demografischen Herausforderungen zu reagieren, insbesondere durch Strategien für aktives Altern, die Integration von Zuwanderern und bessere Bedingungen für Familien. Sie wird die Sozialpartner zu der Frage konsultieren, ob sie neue Initiativen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben vorlegen sollte.
- Die Kommission regt ein Europäisches Jahres des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung an. Sie wird 2006 einen Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern vorlegen, um einerseits die Gleichstellung voranzubringen und andererseits die demografische Herausforderung in der EU zu bewältigen. Die EU unterstützt die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Modernisierung der Sozialschutzsysteme im Sinne größerer Nachhaltigkeit.
- EU und Mitgliedstaaten sollten weiter an einer EU-Politik zur legalen Zuwanderung arbeiten, die Integration von Migranten und Familienangehörigen stärken und die illegale Zuwanderung bekämpfen. Die Kommission hat vorgeschlagen, die Integrationsbemühungen der Mitgliedstaaten durch einen Europäischen Fonds zur Integration von Drittstaatenangehörigen (2007-2013) zu unterstützen. Sie hat ein Konzept zur legalen Einwanderung vorgelegt, einschließlich entsprechender Verfahren zur Zulassung. Außerdem wird sie 2006 einen gemeinsamen Politikrahmen zur entschlossenen

## 2.4. Management der natürlichen Ressourcen

Wir sind in hohem Maße von natürlichen Ressourcen – Rohstoffe, Lebensmittel, Energie und landwirtschaftliche Nutzfläche – und von natürlichen Prozessen abhängig, die die steigenden Abfallmengen einer wachsenden Weltbevölkerung (heute rund sechs Milliarden Menschen) „absorbieren“ müssen. Aus der Millennium-Ökosystem-Bewertung, die die UN 2005 vornahm, geht hervor, dass sich zwei Drittel der Funktionen des Ökosystems, von denen die Menschheit abhängig ist, im Niedergang befinden. In Europa hat die Belastung der natürlichen Umwelt seit Anfang der 60er Jahre um fast 70 % zugenommen. Die Europäer beanspruchen Schätzungen zufolge aufgrund ihrer Lebensweise durchschnittlich 4,9 Hektar Nutzfläche pro Person (gegenüber 9,5 Hektar in den USA und 1,5 in China), während der globale Durchschnitt bei 1,8 Hektar liegt.

Bestimmte Muster der Land- und Seenutzung haben zur erhöhtem Verkehrsaufkommen, Energieverbrauch und Verschmutzung geführt, zu erhöhtem Risiko durch Überschwemmung und Verlust von Landschaften, Lebensräumen und biologischer Vielfalt<sup>5</sup>. Globale Muster der Ressourcennutzung sind besorgniserregend, da sie die Regenerationsfähigkeit des Planeten und die Funktionen des Ökosystems beeinträchtigt. Der Verlust an biologischer Vielfalt, teilweise durch den Klimawandel verursacht, hat wirtschaftliche Auswirkungen, unter anderem für die Touristik und für Sektoren, die auf bestimmte Funktionen des Ökosystems (Pollenflug, Fruchtbarkeit des Bodens, Verfügbarkeit und Qualität von Wasser) angewiesen sind, oder auch für andere Sektoren, die biologische Daten als Innovationsquelle nutzen.

Indem sie aktiv innovative Lösungen für das Management natürlicher Ressourcen sucht, kann die EU eine ressourceneffizientere Wirtschaft fördern und sich so eine Position als führende Wirtschaftsmacht in ökoeffizienten Technologien sichern. Zunehmend wächst auch das Bewusstsein – und nicht nur bei den Unternehmen – für Skalenvorteile durch Investitionen in Ökoinnovation. Der Markt für nachhaltige Produkte und Prozesse muss wachsen, um die steigende Nachfrage einer rasch zunehmenden globalen „Mittelklasse“ nach Konsumgütern und Dienstleistungen wie auch nach ökologischer Qualität zu befriedigen. Ein koordiniertes Vorgehen, dass die Notwendigkeit eines Übergangs zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern vorwegnimmt, wird Europa einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Die Regierungen sind entscheidend an der Sicherung des Erfolgs beteiligt, sie müssen einen verlässlichen langfristigen Regelungsrahmen bieten, der Ökoinnovation belohnt und Unternehmen fördert, die sich um eine nachhaltige Arbeitsweise bemühen. Behörden verfügen über die nötige Kaufkraft, um die notwendige Dynamik für einen Wandel zu schaffen. In der EU kaufen beispielsweise öffentliche Stellen (Gebietskörperschaften, Schulen, Krankenhäuser) jährlich für 1 600 Mrd. Euro – das sind 16 % des BIP – Waren und Dienstleistungen. Damit lässt sich die kritische Masse schaffen, die für den Markterfolg nachhaltiger Technologien notwendig ist.

### Leitaktionen:

<sup>5</sup> In ihrem Bericht für 2005 über die Umweltschutzsituation erkennt die Europäische Umweltagentur an, dass in den letzten 30 Jahren deutliche Fortschritte erzielt wurden. Die Umweltschutzsituation ist jedoch in vielerlei Hinsicht nach wie vor nicht nachhaltig. Hier kann nur eine wirksamere Einbeziehung der Umweltschutzanliegen in andere Politikbereiche Abhilfe schaffen.

- Die Mitgliedstaaten sollten in Zusammenarbeit mit der Kommission Informationen und bewährte Verfahren über die aufkommensneutrale Verlagerung der Steuerlast von Arbeit zu Verbrauch und/oder Umweltverschmutzung austauschen, als Beitrag zu den EU-Zielen Beschäftigungssteigerung und Umweltschutz. Die Mitgliedstaaten sollten auch ihre erhebliche Kaufkraft einsetzen, um die Akzeptanz innovativer, energieeffizienter und sauberer Anwendungen zu fördern. Die Kommission wird eine Richtlinie über die staatliche Beschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge vorschlagen.
- Die EU wird zusammen mit den Mitgliedstaaten und Interessengruppen die ökologische Innovation fördern und den Markt für Ökotechnologien ausweiten. Die Mitgliedstaaten sollten ihre Fahrpläne für Umwelttechnologien umsetzen. Im Kontext des 7. Forschungsrahmenprogramms wird die EU Mittel für Maßnahmen sowie Forschung und technologische Entwicklung in Schlüsselbereichen bereitstellen, unter anderem für Wasserstofftechnologie und Brennstoffzellen.
- Die Kommission wird einen Aktionsplan zur Förderung der Nachhaltigkeit bei Produktion und Konsum ausarbeiten, wobei sie aktuelle Initiativen und Instrumente wie Ressourcen- und Abfallpolitik, integrierte Produktpolitik und Normen, Umweltmanagementsysteme und Innovations- und Technologiepolitik nutzen und deren Wirkung verstärken sowie sich um die Schließung von Lücken und einen Beitrag zu globalen Initiativen bemühen wird.
- EU und Mitgliedstaaten sollten ausreichende Mittel und Managementkapazitäten für das Natura-2000-Netz für geschützte Gebiete bereitstellen und die Anliegen der biologischen Vielfalt besser in die internen und externen Politikbereiche integrieren, um dem Verlust an biologischer Vielfalt entgegen zu wirken.

## 2.5. Nachhaltiger Verkehr

Die Verfügbarkeit erschwinglicher Verkehrsmittel kommt allen zugute. Aber wir alle leiden auch unter den negativen Folgen wie Verkehrsüberlastung, Gesundheitsbeeinträchtigungen und Umweltschäden. Mit dem Wirtschaftswachstum nimmt auch der Verkehrsbedarf zu. Hohe Zuwachsraten bedeuten, dass trotz deutlicher Verbesserungen der Energieeffizienz von Fahrzeugen die negativen Folgen zunehmen; die aktuellen Tendenzen sind nicht nachhaltig.

Die Vorteile der Mobilität lassen sich mit weitaus geringeren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten erreichen. Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten: Verringerung des Verkehrsbedarf (etwa durch Änderungen in der Landnutzung, Förderung von „Telecommuting“ und Videokonferenzen), bessere Nutzung von Infrastruktur und Fahrzeugen, Wechsel des Verkehrsmittels – also etwa Verlagerung von der Straße auf die Schiene – , Erledigung kurzer Weg mit dem Fahrrad oder zu Fuß, Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs, Einsatz sauberer Fahrzeuge und Entwicklung von Alternativen wie Biokraftstoffen und Wasserstoffantrieb.

Die Vorteile eines nachhaltigeren Verkehrs sind vielfältig und erheblich: die Reduzierung von Verkehrsüberlastungen bringt Kostensenkungen für Unternehmen, Zeitersparnisse für alle und verbesserten Zugang zu regionaler und lokaler Entwicklung, Abmilderung des Klimawandels und der Folgen für die biologische Vielfalt, Stärkung der Energieversorgungssicherheit durch Reduzierung der Abhängigkeit vom Öl mit sich; außerdem auch die Verbesserung der lokalen Umwelt und eine Verminderung der Gesundheitsbeeinträchtigungen insbesondere in Ballungsgebieten.

**Leitaktionen:**

- EU und Mitgliedstaaten sollten sich darauf konzentrieren, Alternativen zum Straßenverkehr für Güter- und Personentransport attraktiver zu machen, durch Entwicklung transeuropäischer Netze und intermodaler Verkehrsverbindungen für die Logistik, damit Güter leicht zwischen Straße, Schiene und Wasserwegen umgesetzt werden können. Dies wird Gegenstand einer umfassenden politischen Debatte in der zweiten Hälfte 2006 sein.
- Die Europäische Kommission wird auch weiterhin den Einsatz von Gebühren für die Infrastrukturnutzung in der EU prüfen, nach dem Vorbild erfolgreicher lokaler Systeme verkehrsabhängiger Straßennutzungsgebühren, sowie EU-weite Infrastrukturabgaben für LKW und neue Möglichkeiten durch Einsatz von Satelliten und Informations- und Kommunikationstechnologien.
- Die Kommission wird ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit von Kraftfahrzeugen (saubere und energieeffiziente Fahrzeuge) vorschlagen, einschließlich einer Richtlinie für die öffentliche Beschaffung solcher Fahrzeuge, neuen Fahrzeugnormen und Förderung der Nutzung von Biotreibstoffen. Sie hat den Mitgliedstaaten bereits empfohlen, die Besteuerung von Personenkraftwagen nach den CO<sub>2</sub>-Emissionen zu differenzieren.

**2.6. Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und Entwicklung**

Die globalen Bedrohungen der nachhaltigen Entwicklung sind miteinander verknüpft. Armut, Umweltschäden und Konflikte bilden einen Teufelskreis. Über eine Milliarde Menschen müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen, 2,7 Milliarden mit weniger als zwei Dollar. 2,6 Milliarden Menschen – mehr als 40 % der Weltbevölkerung – haben keine sanitäre Grundversorgung, über eine Milliarde ist nach wie vor auf unsichere Trinkwasserquellen angewiesen. Armut und Ungleichheit sind nicht nur ungerecht, sie stellen auch eine Bedrohung der weltweiten Entwicklung und langfristig von Wohlstand, Frieden und Sicherheit dar. Globalisierung bedeutet, dass unser kollektiver Wohlstand und unsere Sicherheit entscheidend von Erfolgen bei der Bekämpfung der Armut abhängen.

Ein integriertes Handeln der EU ist auf allen Ebenen – bilateral und multilateral – notwendig. Die EU bekräftigte ihre Verpflichtung auf die globale nachhaltige Entwicklung auf dem UN-Weltgipfel im September 2005: Umsetzung von Maßnahmen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung, Hinarbeiten auf die Millennium-Entwicklungsziele und Verfolgung der Doha-Entwicklungsagenda. Um der globalen Herausforderungen gerecht zu werden, muss die EU sicherstellen, dass Innen- und Außenpolitik gut ineinandergreifen, um eine optimale Wirkung zu erreichen.

Die EU beteiligt sich an den internationalen Bemühungen zur Tilgung der Armut an vorderster Front. Sie stellt mehr als die Hälfte der weltweiten Hilfe bereit und hat sich verpflichtet, ihre Hilfsleistungen qualitativ und quantitativ auszuweiten. Kürzlich wurde ein „Europäischer Konsens zur Entwicklung“ angenommen, der eine gemeinsame Vision für die Entwicklung und die entsprechenden Mittel beschreibt.

**Leitaktionen:**

- EU und Mitgliedstaaten sollten ihr Hilfevolumen bis 2015 auf 0,7 % des BIP erhöhen, mit

einem Zwischenziel von 0,56 % im Jahre 2010, differenziert in Einzelziele von 0,51 % für die EU-15 und 0,17 % für die EU-10.

- EU und Mitgliedstaaten sollten Wirksamkeit, Kohärenz und Qualität ihrer Entwicklungshilfepolitik im Zeitraum 2005-2010 erhöhen, durch stärkere Koordination zwischen den Mitgliedstaaten und Entwicklung eines gemeinsamen EU-Programmplanungsrahmens, verstärkten Rückgriff auf gemeinsame Maßnahmen und Kofinanzierung von Projekten, verbesserte Kohärenz zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen. Sie sollten die Qualität der Hilfe steigern durch wirksame Haushaltsunterstützung, Schuldenminderung und nicht an Bedingungen geknüpfte Gewährung von Hilfeleistungen.
- Die EU wird die Verbesserung des internationalen Umweltmanagements unterstützen, beispielsweise durch die Schaffung einer UN-Umweltorganisation und die Stärkung multilateraler Umweltabkommen. Sie wird sich verstärkt darum bemühen, dass der internationale Handel als Instrument eingesetzt wird, um eine echte globale nachhaltige Entwicklung – sozioökonomisch und ökologisch gesehen – zu erreichen. Sie wird dies sowohl auf multilateraler Ebene (WTO, Doha-Runde) als auch im Rahmen ihrer regionalen und bilateralen Handelsbeziehungen tun.

### **3. ERGEBNISSE**

#### **3.1. Wirksamere Folgemaßnahmen**

Es besteht die Notwendigkeit von Überwachung und Follow-up. Dies lässt sich ohne neue Verfahren oder zusätzliche Bürokratie bewerkstelligen. Dies umfasst:

- Vorlage eines Fortschrittsberichts durch die Kommission alle zwei Jahre. Dabei wird sie sich auf den Satz von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung stützen, die unter Mitwirkung nationaler Experten erstellt und von der Kommission im Februar 2005 verabschiedet wurden<sup>6</sup>. Dieser Mitteilung liegt ein erster Bericht mit den jüngsten statistischen Informationen bei.
- Auf dieser Grundlage diskutieren Rat und Europäisches Parlament mindestens alle zwei Jahre die Fortschritte, überprüfen die Prioritäten und legen allgemeine Leitlinien für nachhaltige Entwicklung fest.
- Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen spielen eine wichtige Rolle durch stärkere Unterstützung von Maßnahmen, beispielsweise durch Veranstaltung regelmäßiger Diskussionen der Interessengruppen sowie als Katalysator für Debatten auch auf nationaler Ebene.
- Die Europäische Kommission wird 2009 eine Überprüfung der Strategie für nachhaltige Entwicklung vornehmen, einschließlich einer umfassenderen Konsultation der Interessengruppen.

Sämtliche Mitgliedstaaten haben eigene Strategien für nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet oder stehen kurz vor der Fertigstellung; viele berichten regelmäßig über ihre Fortschritte. Die

---

<sup>6</sup> SEK(2005) 161.

Möglichkeit, voneinander zu lernen und positive Beispiele und Gefahrenpunkte zu identifizieren, wurde allerdings bislang nur unzureichend genutzt. Die nationalen Strategien und die Europäische Strategie sollten sich weitmöglich gegenseitig verstärken, so dass ein Paket entsteht, das mehr ist als die Summe seiner Einzelteile.

Daher wird empfohlen, dass die Mitgliedstaaten:

- ihre nationalen Strategien im Lichte der Strategie der Europäischen Union entsprechend überprüfen und bis spätestens Ende 2006 veröffentlichen. Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, insbesondere zu prüfen, wie die Nutzung ihrer nationalen Politikinstrumente (siehe Abschnitt 5.1) wirksamer gestaltet und besser in tatsächliche oder vorgeschlagene Maßnahmen auf europäischer Ebene integriert werden könnte;
- auf der Grundlage der überarbeiteten nationalen Strategien ein vereinfachtes „Peer review“ vornehmen, wobei sie sich auf spezifische Themen konzentrieren und insbesondere Beispiele für gute politische Maßnahmen und Verfahren identifizieren sollten, die von allen übernommen werden könnten. Das „Peer review“ könnte eine externe Bewertung einschließen, ggf. mit Unterstützung durch ein Netz nationaler beratender Gremien für nachhaltige Entwicklung und unter Einbeziehung von Drittländern. Eine erste Pilotüberprüfung unter Führung des Ratsvorsitzes und mit Unterstützung durch die Kommission könnte 2006 mit freiwillig teilnehmenden Mitgliedstaaten durchgeführt werden;
- soweit ein unabhängiges beratendes Gremium für nachhaltige Entwicklung noch nicht besteht, die Einrichtung eines solchen Gremiums zu prüfen, um eine gezielte Debatte zu fördern, als Beitrag zu Fortschrittsberichten auf nationaler und EU-Ebene.

Die Kommission fordert die beitragswilligen Länder auf, ihre nationalen Strategien fertigzustellen und ihre Reformen an der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung auszurichten. Die Kommission wird dies bei ihren eigenen Fortschrittsberichten berücksichtigen.

Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung sollte auch die internationalen Prozesse zur nachhaltigen Entwicklung beeinflussen und zu Fortschritten im Hinblick auf die Millennium-Entwicklungsziele und den Johannesburg-Implementierungsplan beitragen.

### **3.2. Bessere Politikgestaltung**

#### **Verbesserte politische Kohärenz: Folgenabschätzung und andere Instrumente für bessere Rechtsetzung**

Die Instrumente, mit denen die Politik die richtige Vorgehensweise identifizieren kann, stehen bereit, und eine wirksame Folgenabschätzung sollte bereits in der Anfangsphase politischer Projekte vorgenommen werden. Dies gibt der Politik die Möglichkeit, auf der Grundlage einer ausgewogenen und integrierten Bewertung der zu erwartenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen, der Verbindungen und Tradeoffs zwischen diesen und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen von Interessengruppen die besten Optionen auszuwählen. So bietet etwa die Folgenabschätzung bei Handelsvorschlägen die Möglichkeit, externe Konsequenzen im EU-Entscheidungsprozess zu berücksichtigen. All dies fördert die Integration verschiedener politischer Konzepte und führt zu kohärenteren Entscheidungen und einer umfassenderen Prüfung der Frage, wie nachhaltigere Ergebnisse zu erzielen sind, wobei man Lösungen finden kann, bei denen alle gewinnen, und innerhalb der EU wie international

positive Sekundäreffekte in anderen Bereichen und Tradeoffs identifizieren und beeinflussen kann.

#### **Leitaktionen:**

- Alle EU-Institutionen sollten sicherstellen, dass wichtige politische Entscheidungen auf Vorschlägen beruhen, die einer Folgenabschätzung gemäß der interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung unterzogen wurden. Die Kommission wird sicherstellen, dass alle wichtigen Initiativen Gegenstand einer Folgenabschätzung sind und dass die Folgenabschätzungen nach Erlass einer Entscheidung öffentlich gemacht werden.
- Auch die Mitgliedstaaten sollten bei der Ausarbeitung politischer Maßnahmen mehr auf das Instrument der Folgenabschätzung zurückgreifen, wenn es um die Verwendung öffentlicher Mittel und die Entwicklung von Strategien, Programmen und Projekten geht. Sie sollten den Empfehlungen in den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft folgen, damit Kohäsions- und Strukturfonds verstärkt Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum bieten können.
- Die Folgenabschätzung sollte generell durch eine Bewertung ergänzt werden, die die Auswirkungen von Maßnahmen *ex post* beurteilt.
- Die EU wird die externe Dimension auch bei der Folgenabschätzung ihrer Politikvorschläge berücksichtigen.

#### **Der wirksamste Maßnahmenmix**

Regierungen und andere öffentliche Stellen verfügen über eine große Palette von Instrumenten, um Menschen zu Veränderungen zu bewegen: Regulierung, Besteuerung, Beschaffungswesen, Subventionen, Investitionen, Ausgaben und Information. Die Herausforderung besteht darin, die richtige Mischung zu finden, damit der Einsatz der Instrumente und entsprechende Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. So sollten die Mitgliedstaaten für die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung die Strukturfonds optimal einsetzen.

Wirksamstes Mittel überhaupt für die Anregung des Wandels ist es vielleicht, sicherzustellen, dass die Märkte die richtigen Signale aussenden („Angemessenheit der Preise“) und damit den Menschen starke Anreize bieten, ihr Verhalten zu ändern und das Marktgeschehen entsprechend zu beeinflussen. Dies kann geschehen, indem wir alle, Produzenten und Konsumenten gleichermaßen, mit den vollen Kosten und Konsequenzen unserer Entscheidungen konfrontiert werden – und zwar dann, wenn wir diese Entscheidungen treffen. Dies würde beispielsweise bedeuten, dass die Kosten, die „Umweltverschmutzer“ der Gesellschaft insgesamt aufbürden, in den Preis eines Produkts einbezogen werden, wie dies einige Mitgliedstaaten bereits getan haben (etwa durch Abgaben oder „Ökosteuern“). Auf diese Weise haben Hersteller und Verbraucher einen Anreiz, umweltfreundlichere Produkte und Dienstleistungen zu produzieren bzw. zu konsumieren.

Oft können Regierungen einfach dadurch steuernd eingreifen, dass sie der Öffentlichkeit und den Unternehmen Informationen bereitstellen, anhand derer diese bessere Entscheidungen treffen können. Gute Beispiele gibt es bei Kennzeichnung und Information zu Energieverbrauch und Ökobilanz von Elektrogeräten, Haushaltsartikeln und Dienstleistungen. Viele Behörden in der EU haben wirksame Kommunikationsstrategien entwickelt, um die

Bürger zur Mülltrennung zwecks Recycling, zu nachhaltigeren Reisemöglichkeiten und zum Energiesparen zu ermutigen.

Bildung ist Grundvoraussetzung für die Förderung von Verhaltensänderungen. Die Kommission wird Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu Bildung, Investitionen in Humankapital und lebenslangem Lernen in Bezug auf nachhaltige Entwicklung unterstützen.

#### **Leitaktionen:**

- Die EU wird sich bemühen, die gesamte Palette politischer Instrumente einzusetzen und gleichzeitig die Nutzung von marktbasierter Instrumenten zu fördern, da diese Flexibilität im Hinblick auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung bieten. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass alle der Regierung zur Verfügung stehenden Instrumente genutzt werden und dass Subventionen in Übereinstimmung mit dem Vertrag und in einer mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung vereinbaren Art und Weise eingesetzt werden.
- Die Kommission wird den Aspekt der nachhaltigen Entwicklung in ihre gesamte Informations- und Kommunikationsarbeit einbeziehen, und zwar zu innen- wie außenpolitischen Bereichen. Die Kommission wird auch weiterhin, zusammen mit den anderen EU-Institutionen, Veranstaltungen und Foren für Interessengruppen zu den einzelnen Bereichen der Strategie organisieren, um zur Wissensverbreitung und Sensibilisierung beizutragen, neue Ideen publik zu machen und bewährte Verfahren auszutauschen. Erhebungen<sup>7</sup> zeigen immer wieder, dass das Bewusstsein der Europäer für das Thema Nachhaltigkeit stark ausgeprägt ist. Die Herausforderung liegt darin, dieses Bewusstsein in nachhaltigeres Verhalten umzusetzen. Wirksame Kommunikation muss sich an den Adressaten auf nationaler und lokaler Ebene orientieren, den Mitgliedstaaten kommt hier also eine Schlüsselrolle zu.
- 

#### **Mobilisierung von Akteuren, Multiplikatoreffekte**

EU und Mitgliedstaaten spielen eine entscheidende Rolle, können – und sollten – aber nicht die einzigen Garanten der Agenda für nachhaltige Entwicklung sein. Andere Akteure müssen hier mitwirken: Unternehmen, Gebietskörperschaften, NRO, Sozialpartner, Universitäten und Schulen – und Einzelbürger und Verbraucher. Fortschritte sind möglich durch die enorme Kreativität und Marktmacht von Unternehmen sowie Behörden und Gremien auf regionaler und lokaler Ebene.

Mehr und mehr Unternehmer erkennen, dass es sich auszahlt, sich um nachhaltige Entwicklung zu kümmern. Die erfolgreichsten Unternehmen sehen, dass die Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung Investitionen in neue Technologien, Prozesse und Produkte auslöst, die der Verbraucher wünscht<sup>8</sup>. Sie wissen, dass es wirtschaftlich solide ist, voranzuplanen und gezielt zu investieren. Sie wissen, dass sich neue Chancen auftun, wenn wir vorausschauend denken und uns beispielsweise um eine Wirtschaftsweise mit geringem

<sup>7</sup> Verweis auf Eurobarometer.

<sup>8</sup> So haben einschlägige Studien gezeigt, dass eine positive Verbindung zwischen ökologischem Verhalten und finanzieller Leistungsfähigkeit besteht. Die 50 Unternehmen, die aufgrund ihres Nachhaltigkeitsberichts am besten abschneiden, werden als überdurchschnittlich kreditwürdig eingestuft.

Kohlendioxidausstoß bemühen. Sie wissen, dass sie auch auf ihre Zulieferer einwirken können. Sie brauchen jedoch für ihr Handeln einen stabilen Regelungsrahmen.

Auch die Sozialpartner erfüllen eine wesentliche Funktion: der aktive Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist wichtig für die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung, hier geht es um Arbeitsorganisation, Qualifikationen und Ausbildung sowie Chancengleichheit.

Viele Regionalregierungen und lokale Verwaltungen haben ihre Bemühungen verstärkt, praktische Lösungen zu finden. Da sie es oft sind, die öffentliche Dienstleistungen – vom öffentlichen Personenverkehr über Stromerzeugung und Müllsammlung bis zur Sozialfürsorge – bereitstellen, sind sie auch in der geeigneten Position, Änderungen vor Ort zu erreichen. Von ihren positiven Erfahrungen können wir viel lernen. Gute Beispiele gibt es in Fülle.

#### **Leitaktionen:**

Die Kommission:

- Fordert Unternehmensleiter und andere wichtige Akteure in Europa nachdrücklich auf, sich an einem Reflexionsprozess mit Politikern über die mittel- und langfristigen Maßnahmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit zu beteiligen und umfassende unternehmerische Antworten zu präsentieren, die über die bestehenden gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen. Eine solche Initiative fügt sich ein in die Bemühungen der Kommission, die soziale Verantwortung der Unternehmen zu fördern, sie ergänzt den Dialog mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft. Die Kommission wird mit dem Ratsvorsitz zusammen prüfen, wie sich dieser Prozess am besten voranbringen lässt.
- Wird Organisationen und die anderen EU-Organe um Vorschläge bitten, auf welche Weise die besten Initiativen regionaler und lokaler Behörden zur nachhaltigen Entwicklung honoriert werden können.

#### **4. FAZIT**

Es besteht reale Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen, größere soziale Gerechtigkeit und das Entstehen neuer innovativer Wirtschaftszweige, bei denen Europa mit den richtigen Entscheidungen weltweit führend auftreten kann. Wir werden jedoch nur dann von diesen Möglichkeiten profitieren können, wenn wir uns jetzt mit den Bedrohungen auseinandersetzen, die der Nachhaltigkeit durch unsere Lebensweise erwachsen. Erfolge bei der Umkehr nachhaltigkeitswidriger Tendenzen sind unabdingbar, aber auch möglich, wie zahlreiche Erfolgsmeldungen weltweit zeigen.

Die Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung soll die EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, Unternehmen und Bürger sowie die sie vertretenden Organisationen hinter einer klaren Vision und in einem politischen Handlungsrahmen zusammenbringen. Die Kommission ersucht daher den Rat und das Europäische Parlament, das vorgeschlagene Konzept zu befürworten, sich um rasche Fortschritte bei den genannten Maßnahmen zu bemühen und im Vorlauf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2006 eng zusammen zu arbeiten, um eine entschlossene und breite Unterstützung für eine gemeinsame Strategie zu gewährleisten.